



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

Sonderdienst

22. Dezember 1948

## Aufbaujahr 1949

Von Erich Ollenhauer, dem 2. Vorsitzenden der SPD

Die Berliner Wahlen waren ein guter Ausklang des Jahres 1948. Ihre Resultate haben gleichermaßen den demokratischen Selbstbestimmungswillen Berlins wie den Willen der großen Mehrheit der Berliner Bevölkerung zu einem demokratischen und sozialen Neuaufbau im Sinne der Sozialdemokratie bewiesen.

Berlin lehrt uns aber noch mehr. Wenn es heute zu einem Symbol des Freiheitskampfes in ganz Europa geworden ist, dann durch die Tatsache des gemeinsamen Einsatzes der demokratischen Kräfte im alliierten und im Deutschen Lager. Berlins Freiheitskampf ist undenkbar ohne die große technische und humanitäre Leistung der Luftbrücke der Alliierten, und was wären die Alliierten in Berlin ohne das demokratische Volk von Berlin? Diese Allianz steht in keinem Vertrag, aber vielleicht ist sie deshalb so wirksam.

Das Deutsche Volk geht in das Jahr 1949 ohne den Status eines anerkannten und gleichberechtigten Partners in der Familie der freien europäischen Völker. Die letzte Entscheidung über alle seine wichtigen Lebensfragen liegt immer noch bei den Besatzungsmächten. Daher wissen wir in einem doppelten Sinne nicht, was das neue Jahr uns bringen wird. Trotzdem sollten wir wissen, was wir aus ihm machen wollen.

Wir Sozialdemokraten wollen ein positives Resultat der Beratungen des Parlamentarischen Rats in Bonn. Auf dem Boden des Grundgesetzes wollen wir eine einheitliche Verwaltung aller Teile Deutschlands, die frei sind, an einer solchen Verwaltung unter demokratischen Bedingungen teilzunehmen. Die neue Organisation Westdeutschlands soll daher außer der Bizone die französische Zone und Berlin umfassen. Sie soll getragen sein von dem demokratischen Willen des westdeutschen Bundesparlaments. Die Entscheidung über die Zusammensetzung dieses Parlaments wird die große politische Entscheidung im ersten Halbjahr 1949 sein.

Die westdeutsche Bundesrepublik wird vor zwei Aufgaben stehen. Sie soll hier im Westen das Leben unseres Volkes normalisieren und menschenwürdig gestalten und sie soll zugleich die belebende Hoffnung sein für die Millionen von Deutschen, die in der Ostzone unter der Diktatur der kommunistischen SED leben. Unser Aufbau hier

22.12.1948

ist zugleich Vorbereitung für die wirtschaftliche und politische Einheit ganz Deutschlands.

Wir müssen dem neuen Deutschland auch ein neues, soziales Gesicht geben. Hier bleibt alles zu tun. Wir sind auf schlechtem Wege. Was heute in Deutschland auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet geschieht, ist der groß angelegte und skrupellose Versuch einer kleinen Minderheit unseres Volkes, die Hilfe des Marshall-Plans und den Warenhunger der breiten Masse zu einem Riesengeschäft auszunutzen. Hinter ihrem Geschrei gegen die Planwirtschaft der Sozialdemokratie verbirgt sich die planvolle Offensive zur Wiederherstellung der alten wirtschaftlichen und politischen Machtposition der deutschen Reaktion. Angesichts dieser Lage sind die Forderungen der Sozialdemokratie nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien, nach Produktionslenkung und Produktionskontrolle nationale Notwendigkeiten.

Nicht weniger bedeutsam ist die Schaffung eines neuen sozialen Gleichgewichts in Deutschland. Die Last des verlorenen Krieges darf nicht länger einseitig auf den Schultern der Flüchtlinge, Ausgebombten, Kriegsbeschädigten und der Lohn- und Gehaltsempfänger liegen. Wenn wir das neue soziale Gleichgewicht nicht herstellen, dann sind neue Katastrophen unvermeidbar. Es gibt nur eine dauerhafte und wirksame Immunisierung gegen den Nationalbolschewismus aus dem Osten, das sind gerechte und soziale Lebensbedingungen für alle Menschen.

Wir leben in Deutschland nicht auf einer Insel. Wir leben in Europa. Wir müssen unseren Platz in diesem Europa wiederfinden. Wir wollen ihn uns erarbeiten. Wir wollen in Frieden und Freiheit mit den anderen Völkern leben.

Im letzten Jahr ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Eingliederung Deutschlands in eine neue wirtschaftliche und politische Ordnung Europas gewachsen. Westdeutschland gehört zu den Empfangsländern des Marshallplans, und die Bonner Beratungen beruhen auf dem Londoner Abkommen, das den Deutschen eine weitgehende Selbstverwaltung geben soll. Diese Entscheidungen waren Schritte auf den richtigen Wege, aber sie können nur dann zu einem wirklichen Erfolg führen, wenn aus der Anerkennung der Notwendigkeit der Teilnahme Deutschlands am europäischen Wiederaufbau die volle Konsequenz gezogen wird. Das neue Europa kann nur von freien Völkern auf der Basis gegenseitigen Vertrauens aufgebaut werden.

Der Versuch, durch die Schaffung eines Besatzungsstatuts die Beziehungen zwischen Alliierten und Deutschen auf eine rechtliche Basis zu stellen, wird nur dann Erfolg haben, wenn er von dem Willen getragen ist, im Rahmen der notwendigen Sicherung der Besatzungstruppen und des Besatzungszwecks den Deutschen die freie Entscheidung über ihre eigenen Angelegenheiten zu überlassen und ihnen die echte Verantwortung zu übertragen.

Wenn dieses Jahresprogramm erfüllt werden soll, haben wir Deutsche einen großen Beitrag zu leisten. Wir müssen durch unsere politischen Entscheidungen im Jahre 1949 dafür sorgen, daß Deutschland ein demokratisches und soziales Gemeinwesen wird, dem die Völker an unseren Grenzen mit ruhigem Gewissen Achtung und Vertrauen entgegenbringen können.

### Außenpolitische Jahresbetrachtung

Von Dr. Gerhart Lütkens, Hannover

Im Laufe des beendeten Jahres hat die Lage der Deutschen und Deutschlands sich zu konsolidieren begonnen. Das ist für uns trotz aller Schwierigkeiten des Augenblicks eine erfreuliche Tatsache. Wir haben einen ersten Grund unter die Füße bekommen, auf dem es möglich wird, für eine gesicherte Zukunft des deutschen Volkes und für eine befriedete Gemeinschaft der Völker in Europa zu streben.

Die Währungsreform hat den wirtschaftlichen Rahmen zunächst für ein westdeutsches Gebilde festgelegt. Es befindet sich in fortschreitender Entwicklung und wird demnächst zu einem politischen Gefüge wachsen, das zwar nicht als "souveräner" Staat in Erscheinung treten wird, immerhin aber als eine Gebietskörperschaft mit weitgehender Autonomie. Dies entspricht unseren Wünschen, da gemäß dem Prinzip der Volkssouveränität ein demokratischer Staat nur aus dem freien Willen der Bevölkerung hervorgehen kann. Die provisorische Form gibt Westdeutschland den Charakter eines gleichsam offenen Gebildes, an das andere unzweifelhaft deutsche Gebiete angeschlossen werden können, wie es sich selbst anderen übernationalen Gebieten eingliedern könnte.

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung zu einem größeren Westdeutschland mit größerer Autonomie und Rechtsfähigkeit wurde freilich von weniger erfreulichen Entwicklungen in Ostdeutschland begleitet, das tiefer in Abhängigkeit von der Sowjetunion und ihren Trabanten geraten ist und wirtschaftlich als reines Vorfeld sowjetischer Machtpolitik rücksichtslos ausgebeutet wird. Deutschland ist nunmehr zu einem der Spannungsfelder geworden, auf dem die Gegensätze der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ihren Ausdruck finden.

Dies ist eine tragische Hypothek auf die Entwicklung des Jahres. Im Kampf um Berlin wurde sie geradezu dramatisch sichtbar gemacht. Der Kampf der Bevölkerung Westberlins jedoch hat den übrigen Deutschen und der westlichen Welt gezeigt, daß es ein demokratisches Deutschland gibt, das mit Mut für seine Überzeugungen einzutreten bereit ist.

Berlin ist einer, aber nur einer, und im weltpolitischen Rahmen gesehen wohl nicht der wichtigste Brennpunkt der Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Seine Wichtigkeit kann vielleicht dahin formuliert werden, daß in Berlin die Entscheidung darüber fällt, ob die Entwicklung eines freiheitlichen, befriedeten kontinentalen Europa

in Zukunft möglich sein wird, also auch eines Europa, in dem eine sozialistische Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens möglich wäre. Die in Berlin geschaffene Lage hat sich konsequent aus den unheilvollen, weil politisch nicht rationalen Entscheidungen von Casablanca über Quebec, Yalta bis Potsdam ergeben. Im Lichte der kühleren Erwägungen der Nachkriegspolitik ist die nur als ein Provisorium denkbar. Die Westmächte können nicht aus Berlin weichen, obwohl sie dort unmittelbar keine wirtschaftlichen oder strategischen Interessen haben, die real von dauerhafter Bedeutsamkeit wären. Was sie dort verteidigen, und was die Berliner Bevölkerung dort mit verteidigt, ist die Möglichkeit einer friedlichen Bereinigung des Weltkonfliktes zwischen West und Ost und damit die Möglichkeit eines selbständigen und freiheitlichen Europa.

Wir Deutschen sollten über diese Lage nicht die Nerven verlieren und mißigen Spekulationen über die, wie man manchmal hört, Unvermeidlichkeit eines kriegerischen Austrages des Weltkonfliktes nicht nachgehen. Daraus, daß es in Zeiten schärfster Spannungen nicht zu einer bewaffneten Intervention in Berlin gekommen ist, mag man schließen, daß der Konflikt eben nicht gesucht wird. Er wird mit starken Worten, aber eben mit Worten und Noten, geführt. Die halb-militärische Orts-polizei ist von den Sowjets nicht losgelassen worden. Keine amerikanisch-englische Einsatztruppe hat die Blockade zu durchbrechen gesucht. Wir befinden uns aller Wahrscheinlichkeit nach in einer Periode, da beide Seiten taktisch das Gelände abstecken, auf dem sie ein Kompromiß suchen, eben ein Kompromiß, das neben der Berliner und der europäischen Frage im Weltrahmen die anderen Konfliktpunkte, die in China, im Nahen Osten usw. ausräumen soll.

Bei dieser kommenden Generalbereinigung werden wir auf die Wiederherstellung eines alle deutschen Gebiete umfassenden Staats hinarbeiten müssen. Er ist nur denkbar und politisch nur zu realisieren, wenn dieser deutsche Staat sich in ein größeres, föderiertes Gesamt-Europa einzugliedern willens ist. In der Einsicht hat die Bonner Versammlung in das zukünftige Statut einen Satz aufgenommen, wonach Hoheitsrechte durch Gesetz auf internationale Einrichtungen übertragen werden können.

In mannigfachen Formen sind in diesem Jahre Bestrebungen ans Rampenlicht getreten, die auf ein Vereinigtes Europa hinarbeiten. Die französische Regierung und die französische Kammer setzten sich für Einberufung eines gesamt-europäischen Parlamentes, wenn leider zunächst auch nur rein beratenden Charakters ein. Die englische Regierung hat ihre Zurückhaltung ein wenig gelockert und ist bereit, eine Art ständiger Ministerkonferenz der Staaten Westeuropas zu bilden. Die amerikanische Wirtschaftshilfe führt im Ansatz zu einer stärkeren wirtschaftlichen Koordinierung innerhalb Europas mit Ausschluß freilich der Ostgebiete. Wir Deutschen sollten die Entwicklungen des vergangenen Jahres als Anlaß und als Ermutigung nehmen, nach unseren Kräften und Möglichkeiten ehrlich an dieser Aufgabe mitzuarbeiten, deren Lösung allein dem deutschen Volke wie den anderen Völkern unseres alten Kontinents eine gesicherte Zukunft zu eröffnen vermag: der Schaffung des Vereinigten Europa.